

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

28.5.1931 (No. 122)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. Postgebühren: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, abgemessener Verbreitung und Fortsetzung fallen die Kosten der Zeitung auf den Klager, der die Zeitung nicht zurückgegeben, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Piccard gelandet?

In den Ostalpen

WTB. Innsbruck 28. Mai. (Tel. vom Sonderberichterstatter des WTB.) Der Gendarmeposten Süßen meldet soeben, 11.50 Uhr, daß der Gastwirt Schreiber in Gurgl heute früh, etwa um 9 Uhr, den Ballon Piccards in den Ostalpen fliegen gesehen habe. Der Ballon befand sich in einer Höhe von etwa 1250 Meter. Der Flug, an dem die Landung erfolgte, ist von Gurgl noch 8 Stunden entfernt. Der genaue Platz konnte von Gurgl aus noch nicht bestimmt werden, und es ist möglich, daß der Ballon am Fuße des großen Gurgler Berges liegt. Eine Expedition unter Führung des Gastwirts Schreiber ist bereits abgegangen.

Nach einer um 12.15 Uhr eingegangenen Privatmeldung der Flugwetterwarte München sollen die beiden Gasfässer des Ballons in bewußtlosem Zustand geborgen worden sein. Von Innsbruck aus soll ein Hilfsflugzeug angefordert worden sein.

Der in Augsburg am Mittwochmorgen zu einem Flug in die höchsten Luftschichten (Stratosphäre) aufgestiegene Ballon mit den belgischen Wissenschaftlern Piccard und Kipfer ist nicht, wie angekündigt, noch am gleichen Tage gelandet. Die in der hermetisch verschlossenen Kugel Gondel befindlichen Forscher haben anscheinend das Bewußtsein verloren, so daß sie nicht imstande waren, Gas abzulassen und den Ballon zum Herabgehen zu bringen. Da der Luftvorrat der Gondel nur für 12 bis 15 Stunden reichte, mußte befürchtet werden, daß die Insassen erstickt sind. Nach den letzten, noch nicht bestätigten Meldungen, soll der Ballon im Ostalpen-Gebiet gelandet und die Insassen bewußtlos geborgen worden sein.

Der Ballon wurde, nachdem er zuerst von Augsburg ab eine südwestliche Richtung eingeschlagen hatte, in der Gegend des Bobensees wieder nach Osten abgedreht. Nachmittags halb 8 Uhr wurde er in Garmisch-Partenkirchen gesichtet, dann trieb er wieder nordwestlich-nördlich, und wurde in verschiedenen Orten des bayerischen Hochlandes beobachtet, bis Bewölkung eintrat. Später sah man den Ballon über dem Juntal in Tirol, wobei er in einer Höhe von 3000 bis 5000 Meter nach Süden trieb. Der Flieger Schreiber, der vom Flugplatz München aufgestiegen war, konnte an der Gondel nichts feststellen, freilich auch ihren Insassen keine Hilfe bringen. Nach Einbruch der Dunkelheit konnte der Ballon natürlich nicht mehr beobachtet werden. Er schlug zuletzt Richtung nach dem Stubaital ein.

Der Ballon Piccards war am Freitagabend 9 Uhr zuletzt bei Süßen im Ostalpen gesehen worden. Er stand um 21.15 Uhr über dem südlichen Ostalpen, und überflog dann die österreichische Grenze gegen Italien zwischen dem Naderkogel und dem Storogel, die beide etwa 3000 Meter hoch sind. Der Ballon hatte demnach also gestern abend zweifellos die Stubaital-Alpen noch glücklich überquert, und man mußte damit rechnen, daß er auf italienisches Gebiet oder in das weit gefährlichere Gletschergebiet der Ostalpen mit ihren fast 4000 Meter hohen Gipfeln und ihren, viele Quadratkilometer umfassenden Gletscherfeldern, gelangte. Seit dieser Zeit fehlte bis zu den heutigen Morgenstunden jede Nachricht. Die Nachrichten, daß der Ballon in Südtirol gesichtet worden sei, haben sich nicht bestätigt.

Eine Amdgebung der Beamtenschaft

Gegen einen neuen Gehaltsabbau

Der Deutsche Beamtenschaftsverband am Mittwoch im Sportpalast in Berlin eine Kundgebung, die sich mit dem Gerüchten über weitere Gehaltskürzungen befaßte. Bereits nach den ersten Worten des Bundesvorsitzenden Klügel über den Gehaltsabbau setzte unter den Anwesenden ein Sturm der Entrüstung ein. Als der Vorsitzende dem Reichsfinanzminister für den Vorfall dankte, auf jeden Fall einen weiteren Gehaltsabbau zu verhindern, unterbrach ihn minutenlanges Lärm und Pfeifen. Der Referent des Abends, Bundesdirektor Lens, führte in seiner durch Zwischenrufe häufig unterbrochenen Rede u. a. aus, daß die Beamtenschaft es bisher nicht abgelehnt habe, sich entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an einem allgemeinen Notopfer des gesamten Volkes zu beteiligen. Er betonte aber, daß jeder nach dem Maße seines Einkommens dazu beitragen müsse. Eine große Beunruhigung habe der Vorschlag bei den Beamten hervorgerufen, die Kinderzulage für das erste Kind wegzufallen zu lassen. Der Kampf der Beamtenschaft erstreckte sich auf sämtliche Arbeitnehmer, da es sich immer herausgestellt habe, daß ein Gehaltsabbau zugleich eine allgemeine Abbauwelle für die Gehaltsempfänger bringe. Durch die feste Beunruhigung werde ein Teil der Beamtenschaft dem politischen Radikalismus in die Arme getrieben. Die Beamtenschaft spreche sich für eine Hilfe für die Arbeitslosen und für die Erhaltung der sozialen Erziehungsinstitutionen aus und fordere solidarische Opferbereitschaft des ganzen Volkes.

Letzte Nachrichten

Die neue Notverordnung

Veröffentlichung nicht mehr vor Chequers

M. Berlin, 28. Mai. (Priv.-Tel.) Nach Auffassung politischer Kreise dürfte eine Veröffentlichung der dritten Notverordnung nicht mehr vor dem Besuch der deutschen Staatsmänner in Chequers erfolgen. Heute findet wieder eine sogenannte Chef-Besprechung statt, für morgen ist die erste Kabinettsitzung anberaumt, die sich mit den finanziellen Fragen befassen soll. Es ist aber nicht anzunehmen, daß man vor Donnerstag damit fertig werden wird. Eine Veröffentlichung unmittelbar vor der Abreise nach Chequers, wie ursprünglich geplant, kommt nach unseren Informationen nicht mehr in Betracht.

Über den Inhalt der dritten Notverordnung selbst gehen die Ansichten weit auseinander. Es scheint aber, als ob eine weitere Kürzung der Beamteneinkommen an dem Widerstand des Reichsfinanzministers Dietrich (Baden) gescheitert ist. Dagegen tritt immer stärker der Plan hervor, eine „Beschäftigungssteuer“ von allen denjenigen zu erheben, die keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als Arbeitnehmer oder Arbeitgeber bezahlen. Bei den höheren Einkommen soll sie bis zu 6 Proz. betragen. Selbstverständlich erheben sich auch dagegen Bedenken, namentlich in den Kreisen der höheren Privatangestellten, die ebenso wenig etwas von dieser Erhöhung haben, wie die Beamten, zum Unterschied von diesen aber weder unfähig noch pensionsberechtigt sind. Im übrigen dürfte eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung kommen, ebenso gewisse Umänderungen für alle drei Teile der Arbeitslosenhilfe, evtl. durch Zusammenlegung. Ferner werden sehr erhebliche Abträge am Etat vorgenommen. Man spricht von insgesamt 300 Millionen, davon 50 Millionen beim Wehretat und eine entsprechende Summe beim Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Die Fassung des Reichskanzlers an die sozialdemokratischen Führer, eine Brotpreislenkung durch Verabfolgung der Getreidezölle herbeizuführen, hat natürlich auf dem rechten Flügel des Regierungsbündnis starke Verwirrung hervorgerufen. Troßdem ist Dr. Brüning entschlossen, sein Versprechen zu halten, obwohl große Schwierigkeiten vom Reichsernährungsministerium her drohen.

Der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt

Der ganze Osten in Mitleidenschaft gezogen

M. Berlin, 28. Mai. (Priv.-Tel.) An dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt sind — man kann in diesem Falle glücklicherweise sagen — sehr viele Länder beteiligt. Der französische Anteil ist offenbar nicht so groß, wie ursprünglich angenommen wurde, wohl aber der englische und der italienische. Außerdem sind die tschechoslowakische Industrie sowie die meisten Balkanländer in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb glaubt man auch in wirtschaftlichen und finanziellen Kreisen, daß die Sanierung keine leichte Schwierigkeiten machen wird, weil sie im allgemeinen Interesse liegt. Wohlgingt sie, so würde der Zusammenbruch der Kreditanstalt wahrscheinlich in den Staaten der Kleinen Ernte weitere Zusammenbrüche nach sich ziehen.

WTB. Wien, 28. Mai. (Tel.) Das „Neue Wiener Tagbl.“ meldet, der Gesetzentwurf für die Kreditanstalt sehe die Übernahme der vollen und uneingeschränkten Haftung des Bundes auf 3 Jahre als Bürge der Zahler für alle ausländischen Einlagen vor, über welche die Kreditanstalt verfügt und im Verlaufe der Sanierungsaktion noch verfügen will.

Beginn des Prozesses Uralzeff

WTB. Dresden, 28. Mai. (Tel.) Vor dem Schöffengericht begann heute vormittag um 9 Uhr der Prozeß gegen den 1886 in Rebal geborenen Kaufmann Alexander Uralzeff, der mit seinem richtigen Namen Salomon Rajewski heißt, und seine Mitangeklagten, den Kasseler Rechtsanwalt Dr. Steinmetz, den Dresdener Rechtsanwalt Dr. Türk und die Berliner Kaufleute Deben, Schrader und Rifejed.

Eine italienische Verschwörerorganisation in London?

WTB. London, 28. Mai. (Tel.) Der Korrespondent der „Daily Express“ in Rom berichtet, daß in London eine italienische Organisation bestünde, deren Ziel die Ermordung Mussolinis sei. Diese Tatsache sei durch das Geständnis eines Italieners namens Michele Schirru bekannt geworden, der demnach in Italien unter der Anklage, ein Attentat auf Mussolini geplant zu haben, vor Gericht stehen werde.

Bombenattentat in Kanton

WTB. London, 28. Mai. (Tel.) „Times“ melden aus Hongkong: In Kanton sind drei Bombenattentate verübt worden, darunter eines während eines Festessens vor dem Hauptquartier der Regierung der Provinz. Man nimmt an, daß es sich um Versuche handelt, die Führer der Bewegung zu beseitigen.

* Vor den Entscheidungen des Reichskabinetts

Es ist nicht mehr damit zu rechnen, daß die neue Notverordnung der Reichsregierung vor der Reise nach Chequers am 5. Juni veröffentlicht werden wird. Jedenfalls wird die Publikation nach dem sozialdemokratischen Parteitag, der bekanntlich Ende dieser Woche stattfindet, erfolgen. Der Reichskanzler hofft also, noch im Laufe der nächsten Tage den Schlußstrich unter die neue Notverordnung setzen zu können. Wie er selbst gestern den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärt hat, sind jedoch Beschlüsse des Kabinetts noch nicht gefaßt.

In großen Zügen ist man sich im Kabinet über die neuen Maßnahmen einig. Es handelt sich nur darum, zu entscheiden, wie weit der Rahmen dieser Maßnahmen gesteckt sein soll. Man hat die Wahl zwischen einem Programm, das sich auf das Äußerste beschränkt und dann vielleicht in kurzer Zeit schon nicht mehr ausreicht, und einem Programm, das in seinen Einzelheiten viel weiter geht, dafür aber auch Garantien für eine längere Zeitspanne bietet.

Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben dem Kanzler gestern ihre Bedenken wegen der kommenden Notverordnung ausgedrückt. Dr. Brüning hat seinerseits zunächst die Notwendigkeit einer Senkung des Brotpreises anerkannt und energische Schritte zugesichert, falls diese Senkung nicht in kürzester Zeit erreicht werde. Des weiteren hat der Kanzler den sozialdemokratischen Abgeordneten eine ungeschminkte Darstellung unserer Finanzlage gegeben. Dabei hat er auch auf die kritische Situation hingewiesen, in welcher sich die Sozialversicherung befindet. Es muß also nach einer Lösung der Finanzschwierigkeiten gestrebt werden, die es verhindert, daß die sozialen Einrichtungen eines Tages wegen Mangels an Mitteln einfach zusammenbrechen.

Man kann sich denken, was mit einem solchen Satz gesagt werden soll. Nämlich, daß es jetzt wenig Zweck hat, sich über einzelne Abstriche aufzuregen, wenn dadurch der Bestand des Ganzen gesichert wird. Allenfalls besteht Übereinstimmung darüber, daß sich unser Volk über das Jahr 1931 hinaus die riesenhaften Ausgaben der Sozialversicherung nicht mehr leisten kann, wenn der Staat nicht dabei dem Bankrott anheimfallen soll.

In der Presse wird davon gesprochen, daß man außer den neuen Etatstrichen in Höhe von rund 200 Millionen Reichsmark an eine Beschäftigungssteuer denkt, also an eine Steuer, die alle diejenigen Beamten und Angestellten zu zahlen haben, die sich in fester Stellung befinden und nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen. Daneben ist die Rede von einem stufenmäßigen Abbau der Beamteneinkommen und von einer Erhöhung der Einkommensteuer für alle höheren Einkommen. Welche Methode man wählen wird, ist bis heute noch nicht bekannt. Ferner wird eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung angekündigt, neben einer Reihe von reformatorischen Maßnahmen, welche den Kreis der Unterstützungsbedürftigen enger ziehen und dadurch Ersparnisse herbeiführen sollen.

Selbstverständlich bedeuten alle diese Maßnahmen und Entschlüsse eine neue schwere Belastung für alle Teile unseres Volkes. Aber das Kabinet würde pflichtvergesen handeln, wenn es nicht alles versuchen würde, um der Finanznot eine einigermaßen Herr zu werden. Ein solcher Versuch ist jedenfalls der beste Auftakt zu den Besprechungen in Chequers.

Der Reichskanzler wird dort den führenden englischen Staatsmännern den klaren Beweis erbringen können, daß Deutschland mit seiner Sparpolitik die Grenze des in sozialer Hinsicht noch gerade Erträglichem erreicht hat, daß damit aber die Wirtschaftskrisis keineswegs beseitigt wird, und daß dann immer noch die Mittel fehlen, um die Reparationen zahlen zu können. Man muß sich vor Augen halten, daß die zu erwartende Notverordnung der Reichsregierung doch nur den einen Zweck hat, nämlich eine unmittelbar drohende Gefahr für unsere öffentlichen Finanzen abzuwehren, nicht aber den Zweck, die Mittel zu schaffen, um auch die Abbildung aller anderen Verpflichtungen zu gewährleisten.

Wir müssen in aller nächster Zeit zu einer Revision des Youngplanes und zu einem Moratorium kommen. Nicht allein, um unsere Sozialversicherung zu retten und die öffentliche Finanzkatastrophe abzuwenden, sondern weil wir effektiv nicht die Mittel besitzen, um die vorgeschriebenen Reparationszahlungen leisten zu können. Wir sind

als Reparationsschuldner dem Ausland gegenüber in-
solvent. Und, da die Wirtschaftskrisis in ungeminderter
Stärke fortbesteht, ist gar nicht abzusehen, wie wir in
Wälde diese Insolvenz überwinden sollen. Das ist der
nüchternen Tatbestand. Und wir können nur hoffen, daß
zum mindesten die englischen Staatsmänner die richtige
Schlußfolgerung daraus ziehen, nämlich die, daß man
Deutschland nur durch eine Revision des Youngplanes
und ein Moratorium für die nächsten Jahre aufhelfen
kann.

Kurze Nachrichten

Vorläufige Haftentlassung Bullerjahn. Der Oberreichsanwalt
hat, wie aus Leipzig gemeldet wird, auf Grund des Gutachtens
von Sanitätsrat Dr. Leppmann die vorläufige Haftentlassung
Bullerjahn beschlossen. Bullerjahn wird heute vormittag auf die
Dauer von drei Monaten aus der Strafanstalt entlassen werden.
Der wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte
Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn war aus dem Zuchthaus
Brandenburg nach Berlin gebracht worden, wo er von Sanitäts-
rat Dr. Leppmann, auf seinen Gesundheitszustand untersucht
wurde. Dr. Leppmann hat sein Gutachten dahin abgegeben, daß
durch die Fortdauer der Haft eine schwere Gesundheitsgefährdung
Bullerjahn zu befürchten sei.

Wegen Aufforderung zum Hochverrat und Landesverrat wur-
den drei Kommunisten in Rosenberg (Westpr.) verhaftet. Den
Verhafteten wird zur Last gelegt, an preussische Reichswehr-
offiziere Schreiben gerichtet zu haben, die den Brief des ehe-
maligen Leutnants Scheringer und die Aufforderung enthielten,
dem Beispiel Scheringers zu folgen und gleich ihm in die Rote
Armee einzutreten.

Annahme der doppelten Biersteuer in Berlin. Die vom Ber-
liner Magistrat beantragte Verdoppelung der Biersteuer, gegen
die aus Kreisen des Gastwirtsgebietes und der Brauindustrie
Einspruch erhoben worden war, ist vom Oberpräsidenten ge-
nehmigt worden.

Der französische Ministerrat hat einmütig die Haltung Briands
in Genf gebilligt. Ministerpräsident Laval ersuchte im Namen
der gesamten Regierung, den Außenminister, auf seinem Posten
die Friedens- und Sicherheitspolitik, wie sie bisher betrieben
worden sei, fortzusetzen. Briand dankte für diesen Solidaritäts-
beweis und erklärte sich damit einverstanden, vor das Parlament
zu treten, um die in Genf getroffenen Beschlüsse darzulegen
und zu vertreten.

Eine Konferenz für die beschränkte Herstellung der Rausch-
gittmittel ist in Genf zusammengetreten. Auf ihr sind 52 Staaten
vertreten.

Eine Agrarkonferenz der Balkanstaaten wurde in Sofia er-
öffnet.

Zusammenstöße in San Sebastian. In San Sebastian (Nord-
spanien) wurde der Belagerungszustand erklärt. Bei Zusammen-
stößen zwischen Truppen und Kommunisten wurden drei Personen
getötet und mehrere verletzt.

Perienreise auf Abzahlung. Diese praktische Einrichtung, die
es dem kleinen Sparrer ermöglicht, seine Ferienreise in Raten
zu zahlen, ist von der W.G., einer der vier großen englischen
Eisenbahngesellschaften, getroffen worden. Der Reisefähige hinter-
legt seine Sparpfennige auf einem Depot bei einer bestimmten
Bank, die ihm dann einen Gutschein ausstellt, womit er eine
Fahrtkarte mit 5 Prozent Ermäßigung lösen kann.

Tagung des Royal Institute of Public Health in Frankfurt
a. M. In der Aula der Frankfurter Universität fand am
Dienstag die feierliche Eröffnung der Tagung des Royal
Institute of Public Health statt, das mit allen Nationen zu-
sammen den Krieg gegen Krankheit und Seuche führen will.
Seit 19 Jahren ist dies die erste Tagung des Instituts, die
auf deutschem Boden stattfindet.

Die Deutsche Bauausstellung Berlin 1931

Ein Vortrag von Prof. Dr. Heiligenthal.

Prof. Dr. Heiligenthal (Lehrstuhl für
Städtebau der Technischen Hochschule
Karlsruhe) sprach dieser Tage über Or-
ganisation, Aufbau und Ziele der Deut-
schen Bauausstellung Berlin 1931.

Immer mehr scheint sich die Überzeugung Bahn zu brechen,
daß die Wiederbelebung der Weltwirtschaft vom Bauwesen
ausgehen müsse. In England wurde allen Ernstes vorgeschla-
gen, das brachliegende Weltkapital dazu zu verwenden, die äl-
teren Städte bzw. Stadtteile zu sanieren, um dadurch die Ar-
beitslosigkeit zu beheben.

Unter diesen Umständen erweckt die Deutsche Bauausstellung
Berlin 1931 besonderes Interesse. Das Bauwesen im allge-
meinen, Städtebau und Hochbau im besonderen, haben allzu-
lange sich auf die historische handwerkliche Technik beschränkt
und haben die Mittel, welche die moderne Technik an die Hand
gibt, nur in beschränktem Maße ausgenutzt. Wenn heute
Entwürfe für moderne Gebäude durch die Fachpresse gehen, die
in vielen Einzelheiten genau dem Londoner Glaspalast glei-
chen, der vor 80 Jahren errichtet worden ist, so erkennen wir,
wie manche Zweige des Bauwesens sich im Kreise bewegt
haben. Die Ausstellung hat sich zum Ziel gesetzt, das deutsche
Bauwesen aus diesem Kreislauf herauszuführen und ihm
die Wege zu neuen Zielen zu zeigen.

Die grundlegenden geistigen und wirtschaftlichen Wand-
lungen unserer Zeit sollen zur Darstellung gelangen. Die
Mittel, welche die moderne Technik an die Hand gibt, diesen
Wandlungen Rechnung zu tragen, sollen vorgeführt werden.
Die Ausstellung will gleichzeitig eine Lehrstätte sein, die den
einzelnen nicht ratlos vor die Fülle der Eindrücke stellt; syste-
matische Lehrgänge und Vorträge für alle am Bauwesen
Interessierten sollen eingerichtet werden. Großes Interesse
wird vor allem die Internationale Abteilung der Ausstellung
für Städtebau und Wohnungswesen bieten, die darzut, in
welcher Weise die größten Probleme des Bauwesens, nämlich
die Stadtgestaltung, die Gestaltung des Verkehrs und die Ge-
staltung der Produktion im Ausland gelöst werden. Der
Name der Internationalen Vereinigung für Städtebau und
Wohnungswesen (Sitz London) bürgt dafür, daß hier die wich-
tigsten Leistungen des Auslandes in sachgemäßer Form zur
Darstellung gelangen.

Die Deutsche Ausstellung für Städtebau will nicht einzelne
Städte in den Vordergrund stellen, sondern es sollen die wich-
tigsten Probleme des modernen Städtebaus behandelt werden,
wofür die verschiedensten Städte Material geliefert haben.

Unter diesen Problemen ist besonders zu nennen die Frage

Das Programm von Chequers

Das Programm der bevorstehenden Reise des deutschen
Reichsanzlers und des deutschen Außenministers nach Eng-
land steht vor, daß am Freitag, den 5. Juni, 11 Uhr vorm.,
die Ankunft auf der „Gamburg“ in Southampton erfolgt.
Etwa um 3 Uhr nachmittags erfolgt die Ankunft per Bahn
auf dem Bahnhof Waterloo in London. Dort findet eine
Begrüßung durch die Vertreter der britischen Regierung statt.
Die deutschen Minister beziehen Wohnung im Carlton-Hotel,
das nahe der deutschen Botschaft gelegen ist. Um 8.30 Uhr
gibt die Regierung im Foreign Office ein Bankett zu Ehren
der deutschen Minister. Am Samstag, den 6. Juni, um 11
Uhr erfolgt ein Empfang der deutschen Kolonie in London
auf der Botschaft. Am Sonntag, den 7. Juni, fahren die
deutschen Minister zu dem Frühstück nach Chequers, bei dem
der deutsche Botschafter und Botschaftsrat Graf Bernstorff an-
wesend sein werden. Etwa um 8 Uhr erfolgt die Rückkehr nach
London. Am Montag, den 8. Juni, mittags 12 Uhr, findet
eine Audienz beim König statt. Es sind an diesen Tagen
außerdem eine Reihe Empfänge und Dinners vorgezogen. Am
Dienstag, den 9. Juni, 8.30 Uhr, erfolgt die Abfahrt von
London.

Unfallversicherung im Jahre 1929

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in seiner Zei-
tschrift „Wirtschaft und Statistik“ im 2. Januar-Heft 1931 die
abschließenden Ziffern für die Unfallversicherung im Jahre
1929.

Die Zahl der Versicherten hat sich um 0,6 Millionen Personen
auf etwa 27,5 Millionen erhöht. 1929 wurden ohne Berufs-
krankheiten rund 165 900 Unfälle erstmalig entschädigt, d. h.
3,8 v. H. mehr als im Vorjahre. Die Zunahme ist in erster
Linie auf eine erhebliche Vermehrung der Unfälle bei landwirt-
schaftlichen Berufsgenossenschaften zurückzuführen. Bei den ge-
werblichen Berufsgenossenschaften haben sich die erstmalig ent-
schädigten Unfälle um 1,1 v. H. vermindert. Auf 1000 Ver-
sicherte entfielen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften
5,94 v. H. erstmalig entschädigte Unfälle gegenüber 6,14
im Vorjahre, bei den landwirtschaftlichen dagegen 6,10
Unfälle gegen 5,68 im vorausgegangenen Jahre. Die Zahl der
tödlichen Unfälle war 1929 geringer als 1928. Von 100 ent-
schädigten Unfällen hatten 5,5 gegen vorher 5,8 tödlichen Aus-
gang und 1,0 völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Die Zahl
der erstmalig entschädigten Berufskrankheiten ist von 417 im
Vorjahr auf 1969 im Jahre 1929 heraufgeschwollen. Haupt-
ursache dieser Steigerung ist das Geschw. vom 11. Februar 1929,
nach welchem rückwirkend alle bis zum Jahre 1920 eingetre-
tenen Berufskrankheiten zur erstmaligen Entschädigung kamen.

Die Zahl der rentenberechtigten Verletzten hat sich von 1928
auf 1929 um 5,5 v. H. erhöht. Insgesamt liefen im Jahre 1929
rund 1 025 800 Unfallrenten gegen 977 700 im Jahre vorher.
Die Aufwendungen der Unfallversicherung sind von 377 455 000
Reichsmark auf rund 410 700 000 M. 1929 gestiegen. Die
Ausgaben für Entschädigungen haben sich um rund 27 Mil-
lionen Reichsmark vermehrt, die Ausgaben für Unfallverbü-
tung um fast 800 000 M., die Verwaltungskosten, einschließlich
der Kosten für die Rentenverfahren, um 4,1 Millionen. Die
Gesamtaufwendungen betrugen 1929 55 Millionen Reichs-
mark, d. h. etwa 13,5 v. H. der Gesamtaufgaben. Die durch-
schnittliche Verletztenrente betrug bei den gewerblichen Berufs-
genossenschaften 1929 330 M., bei den landwirtschaftlichen
117 M., die durchschnittliche Hinterbliebenenrente 365 M.
Die Höhe der Rente ist durchweg gegenüber dem Vorjahre
etwas gestiegen.

Die Einnahmen der Unfallversicherungsträger beliefen sich
auf rund 430 Millionen Reichsmark, sind also in etwa dem glei-
chen Verhältnis gestiegen wie die Ausgaben. Das Vermögen
der Unfallversicherung hatte Ende 1929 rund 315 Millionen
Reichsmark erreicht.

Zoscanni dirigiert bestimmt in Bayreuth. Die Leiterin
der Bayreuther Festspiele, Frau Winifred Wagner, erklärt auf
Anfrage, daß Zoscanni bestimmt im Rahmen der diesjährigen
Bayreuther Festspiele alle „Parisfal“- und alle „Tann-
häuser“-Aufführungen dirigieren wird.

Verkehrswasserbau und Arbeitsmarkt

Der große Ausschuss des Zentralvereins für deutsche Binnen-
schiffahrt e. V., brachte im Anschluss an einen Vortrag von Ober-
regierungs- und Baureisepolizist (Berlin) in einer Entschließung
zum Ausdruck, daß er die u. a. in der Denkschrift der Gutachter-
kommission zur Arbeitslosenfrage (Brauns-Ausschuss) vertretene
Ansicht nicht teilen könne, wonach die Inangriffnahme größerer
Verkehrswasserbauten kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung
der Arbeitslosigkeit sei. Umfangreiche, sachkundige Untersuchungen
hätten vielmehr den Beweis erbracht, daß bei Wasserbauten der
Lohnanteil 70 bis 90 v. H. der Gesamtkosten ausmache, und daß
deshalb auch Wasserbauten günstige Arbeitsbeschaffungsmög-
lichkeiten bieten. Der Große Ausschuss des Zentralvereins ersucht
deshalb in der genannten Entschließung, Regierungen und Volks-
vertretungen, im Interesse einer produktiven Verlegung des Ar-
beitsmarktes die verkehrspolitisch gebotenen und sowohl technisch
wie wirtschaftlich baureifen Wasserbauarbeiten in verstärktem
Umfange in Angriff zu nehmen und beschleunigt durchzuführen.

Raubmord oder Unfall im württembergischen Schwarzwald?

Am Pfingstmontag wurde, wie aus Freudenstadt gemeldet
wird, in unmittelbarer Nähe von Herzogsweiler auf einem Wald-
weg stehend ein herrenloser Personentransportwagen gefunden.
Eigentümer ist der 45 Jahre alte Kaufmann Karl Steiner, Stuttgart.
Er hatte sich am Donnerstag auf eine Geschäftsreise begeben,
um Kunden in den Oberämtern Freudenstadt und Horb zu be-
suchen. Da auf dem hinteren Sitz des Kraftwagens nicht un-
bedeutende Klappstühle und in der rechten Seitenwand ein Durch-
schuß festgestellt wurde und auch die linke vordere Scheibe neben
dem Führersitz zertrümmert ist, liegt anscheinend ein Verbrechen
vor. Es ist festzustellen, daß der Schuß durch die rechte
Seitenwand des Wagens von innen nach außen abgegeben wurde.
Entweder müßte also Steiner selbst geschossen haben oder der
Schuß ist von einem Fremden auf Steiner im Wagen abgegeben
worden. Bemerkenswert ist die weitere Feststellung, daß, als
man das Auto fand, das Kühlwasser und das Öl vollständig auf-
gebraucht waren. Daraus ist zu schließen, daß der Wagen sehr
weit gefahren wurde. Es besteht also die Möglichkeit, daß das
Verbrechen, wenn ein solches vorliegt, nicht erst beim Fundort
des Wagens, sondern schon früher begangen wurde. Steiner war
schon früher einmal, vor etwa 2 Jahren, mehrere Tage vermißt
worden. Hinterher hat sich die Sache als mehr oder weniger
harmlos herausgestellt.

Kleine Chronik

Im Mittwoch ereignete sich in der Nacht von Ebernfeld ein
schweres Unglück. Angefacht der Versuchsanstalt machten
Versuche mit einem Torpedo, der ein Boot durchschlug, wodurch
dieses zum Sinken gebracht wurde. Zwei Personen ertranken.
Ihre Leichen konnten später geborgen werden.

In der Synagoge des ortsgelagerten Dorfes Nowosilka wurde
nachts eine Granate zur Explosion gebracht. Der Altar und ein
Teil der Einrichtung wurden zerstört. Die drei Täter, — es soll
sich um Kommunisten handeln — sind flüchtig.

Auf der Straße von Bajodog nach Madrid fuhr der Wagen
eines der Teilnehmer an der 1000 Kilometerfahrt des Auto-
mobilclubs von Deutschland, Horbe, gegen einen Baum und
wurde gänzlich zertrümmert. Horbe wurde getötet, sein Be-
fahrer wurde schwer verletzt. Der Unfall soll dadurch verursacht
worden sein, daß Horbe eingeschlafen war.

In Neuquena ist ein deutscher Bänderunternehmer namens
Braun am oberen Bettflusfluß ermordet worden. Er wurde mit
seinen zwölf eingeborenen Dienern im Lager während des Früh-
stücks von Wilden überfallen, die ihn und sieben seiner Begleiter
nieder machten, während fünf Diener entkamen. Die Leiche des
Deutschen soll von den Wilden verstümmelt, enthauptet und mit
Farben bemalt als Fetisch bei einer religiösen Zeremonie be-
wendet worden sein.

Eine fieberhafte Epidemie, über die sich die Ärzte bis jetzt noch
nicht klar geworden sind, ist in einem Kloster in Bangalore
(Indien) ausgebrochen und hat bis jetzt fünf Todesopfer gefordert.
Der Zustand von 20 Personen gibt Anlaß zu ersten Be-
fürchtungen.

Der deutsche Sprechfilm im Elsass

Seit einiger Zeit bestehen lebhaftere Differenzen zwischen den
elsass-lothringischen Kinobesitzern und den französischen Film-
verleihern wegen der vermehrten Aufführung deutscher Sprech-
filme im Elsass. Die innerfranzösischen Filmproduzenten und
Verleger sind der Meinung, daß in Elsass-Filmbrüngen zu viel
deutsche und zu wenig französische Sprechfilme aufgeführt
werden. Die elsass-lothringischen Kinobesitzer machen demge-
genüber geltend, daß sie die Filme aufführen müßten, die
das Publikum verlangt. Es sei aber eine unabwendbare Tat-
sache, daß der französische Sprechfilm in Elsass-Lothringen
nur sehr wenig Anklang finde, während die Aufführungen
deutscher Sprechfilme ständig vor gut besetzten Häusern vor sich
gingen.

Man hat zum Beispiel in Straßburg festgestellt, daß deut-
sche Sprechfilme weit über die normale Spieldauer hinaus
vorgeführt werden können und selbst nach 14 Tagen oder 3
Wochen noch vollbesetzte Häuser erzielen. Nicht nur die älte-
ren Leute, die noch durch die deutsche Schule gegangen sind,
auch die jüngeren sehen sich viel lieber deutsche als französische
Sprechfilme an. Die französischen Filmverleiher faßten auf
ihrer Zusammenkunft eine Resolution gegen diesen Zustand,
an deren Schluß sie drohen, daß, wenn ihnen nicht bis zum
1. Mai Gemügnung gegeben werde, sie jede Geschäfts-
beziehung mit dem Gebiet von Elsass-Lothringen abbrechen
werden. Dem Präsesen solle die Erlaubnis erteilt werden,
die Anzahl der deutschsprachigen Sprechfilme zu rationieren
und von Jahr zu Jahr zu vermindern. Gegen die präsesenale
Zensur und Bevormundung wollen sich die Straßburger Kino-
besitzer, die davon am stärksten betroffen würden, mit allen
Mitteln wehren.

Das Mannheimer Nationaltheater im Jahre 1932. Das
Mannheimer Nationaltheater veröffentlicht sein Programm
für die erste Spielzeit, die voll unter der Ägide des neuen
Intendanten Herbert Maish steht. Das Programm sieht u. a.
die Uraufführung einer Oper von Goldschmidt „Der gewaltige
Hahnrei“ vor. Das Schauspiel wird Martin Peter Lampels
„Vaterland“, Reffis „Sprung über sieben“ und Billingers
„Raubnacht“ bringen. Unter den Schauspiel-Eraufführungen
verdienen Fritz von Arnims „Phaen“ und Hermann Kessers
„Notation“ besondere Erwähnung, da sie von den Autoren
für die Mannheimer Erstaufführung umgearbeitet worden
sind. Das Goethe-Jahr wird zusammen mit Heibelberg durch
ein großes Programm begangen werden. Das Ensemble
weist erhebliche Veränderungen auf. Insgesamt sind 20 neue
Solomitglieder verpflichtet worden. Auch in der Sprechleitung,
im Chor und im Ballett sind Veränderungen zu verzeichnen.

Badischer Teil

Rheinregulierung Rehl-Stein

Tätigkeit der Baukommission und des Finanzausschusses in Freiburg

Am 19. Mai tagte in Freiburg beim Rheinbauamt die Baukommission und der Finanzausschuss der Rheinregulierung Rehl-Stein, am 20. Mai wurden die im Bau befindlichen Strecken zwischen Neuenburg und Breisach, Altenheim und Rehl besichtigt.

Die Baukommission besteht aus je zwei deutschen, französischen und schweizerischen, der Finanzausschuss aus je zwei deutschen und schweizerischen Mitgliedern. Der Vorsitz in der Baukommission wechselt jährlich in obiger Reihenfolge der Delegationen, das Sekretariat liegt in Händen des Eidgenössischen Amtes für Wasserwirtschaft in Bern. Den Vorsitz im Finanzausschuss führt ein Mitglied der schweizerischen Delegation. Die deutschen Vertreter in beiden Kommissionen sind Ministerialdirektor Dr. Fuchs, Karlsruhe und Ministerialrat Gobel, Berlin. Die Baukommission tritt in der Regel im Februar und Mai, nach Bedarf auch zu anderen Zeiten zusammen, beschließt über das Bauprogramm und die dazu nötigen Bauverträge, überträgt die Ausführung der Arbeiten, prüft den Baubericht über das vom 1. April bis 31. März laufende Baujahr und nimmt fertigestellte Bauarbeiten von jeweils mindestens 5 Kilometer ab. Der Finanzausschuss tagt im Mai im Anschluß an die Zusammenkunft der Baukommission, prüft den Nachweis über die Verwendung der Mittel des abgelaufenen Baujahres und beschließt über die Mittel, die in die Staatsvoranschläge des am 1. April des folgenden Jahres beginnenden Rechnungsjahres eingestellt werden sollen. Die zu 50 Millionen Reichsmark veranschlagten Kosten der Rheinregulierung werden auf 11 Baujahre verteilt, zu 60 v. H. von der Schweiz und zu 40 v. H. vom Deutschen Reich getragen. Frankreich übernimmt die spätere Unterhaltung der auf seinem Gebiet gelegenen Bauwerke.

Die Bauleitung ist der Badischen Wasser- und Straßenbauverwaltung Karlsruhe übertragen, die örtliche Bauleitung mit zwei Abteilungen hat das Rheinbauamt Freiburg, eine dritte Bauabteilung ist in Rehl. Die Ausführung der Bauten geschieht mit Rücksicht auf die Besonderheit der Arbeiten im Eigenbetrieb der Verwaltung. Die gesamte, zu regulierende Rheinstraße umfaßt 120 Kilometer.

Zu den Gegenständen der Tagesordnungen vom 19. und 20. Mai erstattete Oberregierungsrat Spieß Bericht, außerdem gaben bei der Besichtigung der Bauarbeiten die örtlichen Beamten die notwendigen Erläuterungen. Die Vorbereitung der Bauarbeiten begann im Mai 1930. Es waren umfangreiche Vermessungsarbeiten nicht allein in der Rheinregulierungsstrecke selbst, sondern darüber hinaus bis nach Lauterburg hinunter nötig, es wurden die Hochwasserstände in den Rheinwaldungen aufgenommen, die Ausführungsentwürfe für das erste Baujahr gefertigt, die zahlreichen Baugeräte wie Schleppboote, Bagger, Bau-, Fracht- und andere Schiffe teils neu beschafft, teils angemietet, Bauhöfe, Steinlager- und Schiffshebewerke eingerichtet, Gleisanschlüsse und Zufahrtswege hergestellt. Noch im Laufe des Sommers 1930 konnten große Lieferungen von Bruchsteinen vergeben werden, die teils vom Schwarzwald zwischen Müllheim und dem Murgtal, vom Kaiserstuhl, von den Vogesen und aus dem Nedaral mit Kraftwagen, Eisenbahn oder auf dem Wasserweg befördert werden. Während des Winters wurden Maschinen geschlagen in den Rheinwaldungen des badischen Ufers zwischen Griesheim (oberhalb Breisach) und Karlsruhe, stellenweise auch auf der französischen Seite, und an das Rheinufer befördert, von wo sie zur Zeit in die Baustrecken verfrachtet werden. Im ganzen sind bis jetzt 57 000 Kubikmeter Bruchsteine angeliefert und 700 000 Stüd Maschinen aufbereitet.

Die Bauarbeiten im Strom konnten Ende Januar begonnen werden. Bis jetzt sind 78 Regulierungswerte in Ausführung und 20 Centrifugen (das sind zwei seitlich getriebene Wasschiffe mit darauf liegender Arbeitspflanze von 8 x 12 Meter), 6 Baggerpartie, 6 Schleppboote und über 100 andere Schiffe verschiedener Größe in Betrieb. Die Zahl der bei den Regulierungsarbeiten unmittelbar tätigen technischen und Verwaltungspersonals beträgt 40, die Zahl der auf den Baustellen beschäftigten Arbeiter 600; hinzu zu rechnen sind noch etwa 400 Arbeiter in Steinbrüchen, auf Landfahrzeugen, in Werften und Fabriken, die durch die Regulierung beschäftigt erhalten. Die Gesamtausgaben bis 31. März betragen 4 086 600 RM.

Freie Vereinigung

badischer Krankenkassen e. V.

Aus dem Geschäftsbericht

Der Landesverband Baden des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen e. V., die Freie Vereinigung badischer Krankenkassen, gibt den Geschäfts- und Kassenbericht für die ordentliche 35. Landesversammlung am 6. und 7. Juni d. J. in Singen a. H. bekannt.

Es wird eingangs darauf hingewiesen, daß die Notverordnungen vom 26. Juli und 1. Dezember v. J. an den Grundlagen der Krankenversicherungen gerüttelt und eine ungeheure Umstellung des Apparates in kürzester Frist gefordert haben. Neben den gesetzlich schwierigen Fragen habe die allgemeine Wirtschaftskrise die Lage der Krankenkassen noch erschwert. Wenn auch eine Beitragsenkung zu begrüßen sei, so habe sie doch da und dort durch ihren zwangsmäßigen und schematischen Charakter sehr erschwerend und zum Teil katastrophal gewirkt. Immerhin könne gesagt werden, daß in Baden die Verhältnisse noch einigermaßen erträglich sind. Das liege an der bisherigen allgemeinen guten Finanzpolitik der badischen reichsgesetzlichen Krankenkassen. Den Krankenkassen müsse jetzt gesetzgeberisch eine Atempause gelassen werden.

Im einzelnen wird mitgeteilt, daß es zu abschließenden Verhandlungen in der Arzfrage noch nicht gekommen sei. Inzwischen hat die Notverordnung vom 26. Juli 1930 neue gesetzliche Bestimmungen in das Verhältnis zu den Ärzten gebracht. Neu ist die Schadenerschuld des Arztes. Durch die Lage im Reich konnten auch für Baden bezüglich Änderungen des kassenärztlichen Landesvertrags keine abschließenden Verhandlungen erzielt werden. Die Ärzte haben für Baden feinerzeit einen Aufschlag zu den Gebühren für Baden wegen Einführung der Gewerbesteuer verlangt. Dieser Antrag ruht noch beim Vertragsausschuss. Im gegenwärtigen Zeitpunkt wird, wie der Bericht sagt, keine Inflation die Verantwortung übernehmen wollen, die ärztlichen Gebührensätze zu erhöhen. Im Jahre 1929 betrug das Durchschnittseinkommen pro Kassenarzt 11 026 RM. Was die finanziellen Auswirkungen der Notverordnungen anlangt, ist die Zeit noch zu kurz, um feststellen zu können, ob auf die Dauer eine Senkung der Löhne eintritt. Die Zahl der Krankheitsfälle ist wohl im Durchschnitt zurückgegangen, aber der Betrag pro Fall hat sich dafür erhöht.

Am 1. Januar 1931 waren dem Landesverbande angeschlossene 39 Ortskrankenkassen mit 411 850 Versicherten, 6 Betriebskrankenkassen mit 9330 Versicherten, 3 Innungskrankenkassen mit 3560 Versicherten, 1 Knappschaftskrankenkasse mit 633 Versicherten, zusammen 49 Krankenkassen mit 425 379 Versicherten. Aus einer vergleichenden Übersicht ist zu ersehen,

daß die Verwaltungskosten gegenüber 1914 nicht die Steigerung erfahren haben, wie die anderen Leistungen. Dabei sind den Kassenverwaltungen in der Nachkriegszeit weitere Aufgaben überwiesen worden, die dem eigentlichen Zweck der Krankenversicherung nicht dienen.

Badischer Städteverband

Die Finanzkrise der Städte

Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Baden eine Vorstandssitzung ab, die sich mit der gegenwärtigen Finanzlage der Städte eingehend befaßte und die zur Überwindung der außerordentlichen Schwierigkeiten möglichen Wege erörterte. Es wird darüber mitgeteilt:

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß alle Bemühungen um eine geordnete Finanzwirtschaft der Städte erfolglos bleiben, solange nicht das Problem der Fürsorge für die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Erwerbslosen gelöst ist. Keine Stadt kann ihren Haushalt im Gleichgewicht halten, wenn der Fürsorgetat dauernd anschwilt, ohne daß diese Mehrbelastung durch entsprechend größere Einnahmen wieder ausgeglichen wird. Wohl geht die Arbeitslosigkeit zur Zeit etwas zurück und damit auch die Inanspruchnahme der Reichsanstalt. Die den Städten zur Last fallenden Wohlfahrtsvermögenslofen nehmen aber fortwährend zu, da aus der Versicherungsanstalt und der Kreisfürsorge dauernd mehr Personen ausgeteuert werden, als von den Städten wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können. Infolge der hierdurch eingetretenen weiteren Steigerung der Fürsorgekosten sind in verschiedenen Städten die erst vor kurzem aufgestellten Voranschläge für das Jahr 1931 heute schon überholt. Die Städte müssen daher ihre seit Monaten immer und immer wieder aufgestellte Forderung mit allem Nachdruck erneut vortragen, daß die Arbeitslosenfürsorge mit größter Beschleunigung grundföhrlich umgebaut wird, wobei die für die Städte untragbar gewordenen Aufwendungen für die Wohlfahrtsvermögenslofen auf breitere Schultern zu verteilen sind. Vor allem ist zu verlangen, daß sich auch das Land künftig an dem Aufwand für die Arbeitslosenfürsorge beteiligt.

Die Finanzlage der Städte hat sich weiterhin auch dadurch noch verschärft, daß die Steueransätze ein sehr viel größeres Maß annehmen, als nach den bisherigen, ohnedies schon ungünstigen Schätzungen zu erwarten stand. Dazu kommt als erschwerendes Moment, daß die Realsteuern nicht weiter angespannt werden dürfen, sondern überdies unter die Ende Dezember 1930 gültigen Sätze gesenkt werden müssen. Der hierdurch entfallende Ausfall ist aus der Gebäudesondersteuer zu decken. Da die Steuern einheitlich zu senken sind, in den kleineren Gemeinden aber der örtliche Senkungsbetrag größer ist, als der aus der Gebäudesondersteuer örtlich zur Verfügung stehende Deckungsbetrag, müssen die größeren Städte des Landes einen erheblichen Teil ihres Gebäudesondersteueraufkommens abgeben, um eine Deckung des Ausfalles in den letztgenannten Gemeinden zu ermöglichen. Soweit noch ein Restbetrag aus den zur Verfügung stehenden Gebäudesondersteuermitteln verbleibt, wird gefordert, daß dieser Betrag den Städten, entsprechend ihrem örtlichen Steueraufkommen, belassen wird, wie dies seitens der Regierung bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung und den Städten auch bereits zugesagt und nunmehr auch im Landtage unter dem 12. Mai 1931 beantragt worden ist.

Schließlich hat auch die von der Regierung verfügte Verwendung der Wohnungsbaumittel in verschiedenen Städten zu neuen und durchaus vermeidbaren Schwierigkeiten geführt. Nach der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 fließen die Wohnungsbaumittel aus der Gebäudesondersteuer, soweit sie nicht zur Realsteuerentlastung benötigt werden, mit Beginn des Rechnungsjahres 1931 dem Lande zu und werden von diesem verteilt. Das Ministerium des Innern hat auf Grund dieser Reichsdorschrift zunächst einen Betrag von 7 Millionen Reichsmark aus den Gebäudesondersteuermitteln verteilt. Aus dieser Summe erhielten die Städte und Wohnungsverbände insgesamt 2 Millionen Reichsmark als verlorene Zuschüsse des Landes zur Deckung früher übernommener Zinsverbilligungen und neu zu gewährenden Zinszuschüsse. Die übrigen 5 Millionen Reichsmark würden als Landesdarlehen zur Förderung der Neubautätigkeit vergeben. Diese Art der Verwendung der Gebäudesondersteuermittel durch das Land ist keineswegs durch die Reichsdorschriften vorgeschrieben oder auch nur gebot. Durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 ist dem Lande nicht das Eigentum an den aus den Städten stammenden Wohnungsbaumitteln, sondern lediglich deren Verwaltung zugesprochen worden. Es muß daher verlangt werden, daß die Steuermittel den Städten und Verbänden nicht als Darlehen des Landes, sondern als eigene Wohnungsbaumittel zurückgegeben werden. Ebenso ist die durch das Land vorgenommene Bestimmung des Verwendungszweckes der Wohnungsbaumittel nachdrücklich abzulehnen. Die von dem Lande aus den 2 Millionen Reichsmark gewährten Zinszuschüsse reichen in vielen Städten bei weitem nicht aus, um die Vorräte auf die Gebäudesondersteuer zu decken. Es kann von diesen Städten vernünftigerweise aber nicht verlangt werden, daß sie bei ihrer gegenwärtigen finanziellen Notlage allgemeine Haushaltsmittel zur Erfüllung dieser früher übernommenen Zinsverbilligungen heranziehen. Ohne eine solche Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln würde aber ein Festhalten an der von der Regierung getroffenen Regelung dazu führen, daß die Baudarlehenszinsen und damit auch die Mieten der Neubauwohnungen erheblich erhöht werden müßten.

Der Städteverband unterstützt die von verschiedenen Seiten gestellten Anträge, von den Wohnungsbaumitteln aus der Gebäudesondersteuer einen angemessenen Teil zur Erhaltung von Altwohnungen bereitzustellen. Die Steuermittel sollen als Darlehen gegen angemessene Sicherheiten vergeben werden.

Den im Landtage eingebrachten Antrag, das Aufkommen der Mineralwassersteuer künftighin nicht mehr nach der Einwohnerzahl unter die Gemeinden zu verteilen, sondern dem Lastenausgleichsamt zur Unterstützung besonders notleidender Gemeinden zu überweisen, muß der Städteverband grundsätzlich ablehnen, da hierdurch eine Venadteiligung der größeren Städte eintreten würde.

Da die Städte mit höheren Lehraufstellungen durch den Besuch auswärtiger Schüler in erheblichem Umfang belastet werden, soll die Regierung ersucht werden, die Erhebung eines Zuschlages zu dem Schulgebühren der höheren Lehranstalten für auswärtige Schüler wieder wie in früheren Jahren zu genehmigen.

Im übrigen beschäftigte sich der Vorstand mit verschiedenen Fragen der Verwaltungsreform und der Änderung des Gemeinderichts.

Vom Reichsbund der Kriegsbefähigten. Der Gau Baden des Reichsbund der Kriegsbefähigten, der am 6. und 7. Juni in Baden-Baden seinen 9. Quartalsabhalt, konnte von Jahr zu Jahr und von Quartal zu Quartal den Stand der Mitglieder verbessern. Von den 65 021 Kriegsbefähigten, Kriegserwitwen und Kriegserwelter, die das Land Baden 1930 umfaßte, gehörten Ende 1930 33 900 dem Reichsbunde an.

Gemeinderendschau

Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl in Hlm bei Lichtenau (A. Kehl) ist der bisherige Bürgermeister A. Müller mit großer Mehrheit wiedergewählt worden.

42 000 RM. Mehreinnahmen im Mannheimer Nationaltheater. In einer Pressebesprechung teilte der Intendant des Nationaltheaters in Mannheim mit, daß die Einnahmesteigerung gegenüber dem Spieljahr 1929/30 rund 42 000 RM betrage.

Der Gutinger Bürgerausschuss genehmigte einstimmig den Gemeindevoranschlag für 1931. Dieser schließt in den Ausgaben mit 283 981 RM, in den Einnahmen mit 248 321 RM ab, so daß ein ungedeckter Aufwand von 35 660 RM verbleibt. Die Deckung erfolgt durch Erhebung einer Gemeindesteuer von 63 Pf. für je 100 RM Grundvermögen (bisher 66 Pf.), 25 Pf. für je 100 RM Betriebsvermögen (27 Pf.) und 458 Pf. für je 100 RM Gewerbeertrag (bisher 459 Pf.). Von der Erhöhung der Biersteuer und der Einführung einer Bürgersteuer kann, wenn sich die Finanzlage der Gemeinde nicht wesentlich verschlechtert, vorerst abgesehen werden.

Zum dritten Male geänderter Müllheimer Voranschlag. Der Gemeinderat Müllheim hat den neuen Voranschlag für 1931 zum dritten Male einer Änderung unterzogen, nachdem er ihm zweimal vom Bürgerausschuss wegen berichtigender Punkte zurückverwiesen worden war. In dem nunmehr dem Bürgerausschuss vorgelegten Voranschlag ist die Einführung der Bier- und Bürgersteuer im einfachen Maße vorgesehen, damit die Umlage statt der zuerst vorgeschlagenen 86 bzw. 73 Pf. für das Grundvermögen nunmehr auf 90 Pf. festgesetzt werden kann, für das Betriebsvermögen von 37 bzw. 28 auf 34,6 und für den Gewerbeertrag von 6,90 bzw. 5,25 auf 6,48 RM. Ferner sollen die Sitzungsgebühren für die Gemeinderäte von 2,50 auf 1,25 RM herabgesetzt werden.

Die Kreisversammlung Lrrach genehmigte den Voranschlag des Kreises. Dieser schließt in den Einnahmen mit 641 578 RM, in den Ausgaben mit 1 073 050 RM ab, so daß ein ungedeckter Aufwand von 431 472 RM vorhanden ist, zu dessen Deckung eine Umlage von 11 Pf. beim Grundvermögen, 44 Pf. beim Betriebsvermögen, und 75,5 Pf. beim Gewerbeertrag erhoben wird. Die Vermögensdarstellung des Kreises weist ein Reinergebnis von rund 533 000 RM auf. Der Kreisvorsitzende, Bürgermeister Heeg (Schopfheim), gab einen ausführlichen Überblick über das abgelaufene Rechnungsjahr. Besonders die Ausgaben für die Landesarmenpflege und für die Wandererfürsorge sind von 180 000 RM auf 221 000 RM gestiegen, während gleichzeitig die Einnahmen aus Reichsteuereinzugsleistungen von 110 000 RM auf 88 000 RM sanken. Da auf Grund der Notverordnung die Sätze für die Umlage gesenkt werden mußten, so war eine scharfe Ausgabenkürzung notwendig. So sind die Beträge für den Straßenbau gegenüber dem Vorjahre um 65 000 RM auf 363 000 RM gekürzt worden. Neue Maßregeln sind im laufenden Jahre überhaupt nicht eingelegt worden. Die Sätze der Kreisbeiträge für die Gemeinden sind von 110 auf 90 Pf. herabgesetzt worden.

Handel und Wirtschaft

Der Privatbankrott wurde für beide Sichten um je ein Achtel Prozent auf 4% Prozent erhöht.

Der Schweizer Außenhandel

Die enge Verflechtung auch der Schweizer Wirtschaft mit dem von der Weltkrise erschütterten Ausland zeigt sich deutlich in den Zahlen des Schweizer Außenhandels für das Jahr 1930. Der Import erreichte die Höhe von 2663 Millionen Franken. Trotz der starken Preisbaisse hat der Wert des Totalimports nur wenig abgenommen gegenüber dem Vorjahre, was die relativ günstige Lage des Innenmarktes der Schweiz von neuem bezeugt. Der Export dagegen betrug nur noch 1762 Millionen und bleibt somit um 300 Millionen hinter demjenigen des Vorjahres zurück, was teilweise auf die niederen Rohstoffpreise zurückzuführen ist.

Die Importziffern betragen bei den einzelnen Warenkategorien: Nahrungsmittel: 498 Mill.; Brennmaterialien: 206 Mill.; Rohstoffe: 542 Mill.; Fabrikate: 591 Mill.; andere Kategorien: 727 Mill.; landwirtschaftliche Produkte: 105 Mill. Der Import mehrerer Produkte hat zugenommen, z. B. Frischmilch (Zunahme gegenüber 1929: 700 Waggons), Süßfrüchte (1200 Waggons), ferner Getreide (Totalimport 134 Millionen), Jucker, Kaffee, Butter (100 Waggons mehr), Eier, Schlachtvieh, Futtermittel, Tabak, Malz usw. Dagegen verzeichnen die Rohstoffe für die Textil- und die Metallindustrie im allgemeinen eine Abnahme der Einfuhr. Allerdings hat die Einfuhr von Kunstseide, Rohwolle, Häuten, Leder, Rohholz, Walseisen, Metallbarren, Industrieröhren usw. zugenommen. Der Import von Fabrikaten blieb ungefähr auf gleicher Höhe wie im Vorjahre. Von den wichtigsten Kategorien seien genannt: Motorfahrzeuge (wobon zirka 10 000 Automobile mit einem Wert von 64 Mill.), Pneus, Glaswaren, Eisenwaren usw. Der Kohlenimport ist zurückgegangen; Benzin dagegen verzeichnet einen Import von 16 000 Waggons für 40 Mill., womit für dieses Produkt die bisher höchste Einfuhrziffer erreicht wurde.

Die Ausfuhr verteilt sich auf Hauptgruppen wie folgt: Textilien: 562 Mill. (davon Seide für 136 Mill. und Seidenreste für 67 Mill.); Schuhe: 35 Mill.; Uhren: 233 Mill.; Produkte der Metall- und Maschinenindustrie: 464 Mill.; chemische Produkte: 150 Mill.; Nahrungsmittel: 190 Mill. (davon 92 Mill. Käse und 38 Mill. kondensierte Milch).

M. & F. Liebhold AG, Zigarrenfabriken in Heidelberg. Der der ordentlichen Generalversammlung vorliegende Abschluß für das Jahr 1930 machte eine gründliche Sanierung der Gesellschaft notwendig. Bei einem Bruttogewinn von 488 000 RM ergaben sich Generalverlusten mit 663 000 RM und 447 000 RM Abschreibungen, so daß ein neuer Verlust von 626 569 RM entstand, der sich durch den Verlustvortrag aus dem Vorjahre auf 712 213 RM erhöht, bei einem Aktienkapital von 1,7 Mill. Reichsmark. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates wies darauf hin, daß das Geschäft für die Tabakindustrie sehr schlecht gewesen sei; besonders für diese Gesellschaft. Erst die letzten Monate des Jahres 1930 hätten eine Belebung gebracht. Jetzt habe man, um eine gründliche Sanierung der Bilanz vorzunehmen, große Abschreibungen auf Debitoren gemacht, und eine Wertberichtigung vieler Positionen vorgenommen. Zur Tilgung des Verlustes wird die Zusammenlegung des Aktienkapitals auf 960 000 RM unter Befreiung von 5000 Vorzugsaktien und ungefähr 290 Vorratsaktien vorgeschlagen. Die Versammlung erklärte sich hiermit wie mit dem Abschluß einverstanden. Aber das neue Geschäftsjahr führte der Vorsitzende aus, daß sich dieses bisher günstig anziehe. An Stelle von 84 Arbeitern, die zu Beginn des Jahres beschäftigt wurden, hat man jetzt in Heidelberg und in den auswärtigen Fabriken eine Belegschaft von 1000 Mann. Für das ausstehende Mitglied Franz Liebhold wurde Rechtsanwalt Wolff (Heidelberg) neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Die Kohlenfrachten auf dem Rhein. Über die Frage der Kohlenfrachten für Transporte nach und über Basel hinaus findet in Bern eine Konferenz des Post- und Eisenbahndepartements mit Vertretern des Kohlenhandels, des Handels- und Industrievereins, der Basler Reederei-Vereinigung, der Generaldirektion der Bundesbahnen und der Regierung des Kantons Basel statt. Da die vor kurzem mit der deutschen Reichsregierung aufgenommenen Verhandlungen über die Verladung von Frachten demnächst wieder aufgenommen werden, so soll deren Ergebnis abgewartet werden. Ferner will man die Frage, ob und inwieweit den Wünschen der Interessenten anlässlich einer Revision der Tarifgesetze entgegengekommen werden kann, besonders prüfen. Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der deutschen Reichsregierung sowie der Deutschen Reichsbahn haben bekanntlich vor einigen Wochen in Stuttgart stattgefunden.

Eine neue Infolenz im Elsaß. Nachdem die drei Gesellschaften der Friedmann-Gruppe vor einigen Tagen in gerichtliche Liquidation geraten waren, sah sich nunmehr auch die Firma René Friedmann in Mülhausen genötigt, ihre Bilanz dem Handelsgericht zur Einleitung der gerichtlichen Liquidation einzureichen. Die Passiven werden auf 80 Millionen Franken geschätzt.

Vom Karlsruher Verkehrsverein

In der Hauptversammlung des Verkehrsvereins Karlsruhe, die vom 1. Vorstehenden, Verbandsdirektor Steinle, geleitet wurde, erstattete Verkehrsleiter Lader den Jahresbericht für das Rechnungsjahr 1930/31.

Den wirtschaftlichen Verhältnissen ist die Auskunftsstelle im Hauptbahnhof mit dem dort beschäftigten Personal zum Opfer gefallen. Es besteht jedoch die Hoffnung, eine baldige Wiedereröffnung mit Unterstützung der anhängigen Hotelindustrie und der Reichsbahn durchzuführen. Die Hauptauskunftsstelle in der Kaiserstraße (Eingang Ritterstraße) hingegen hat einen umfangreichen Geschäftsbetrieb durch Auskunftsstellen, Vertretungen, Agenturen, Vorverkaufsstellen u. dgl. und trägt sich dadurch selbst.

Die literarische Werbetätigkeit war im vergangenen Jahre überaus regen. Alle irgendwie zu erfassenden Möglichkeiten sind benutzt worden, um für die Fremdenstadt Karlsruhe im In- und Ausland Propaganda zu machen. Ein wesentlicher Teil der Werbung galt insbesondere den Karlsruher Veranstaltungen, im letzten Jahre namentlich dem „Badener Heimattag“. Ergänzt wird die literarische Propaganda durch die amtliche Vereinszeitschrift „Karlsruher Wochenblatt“. In verstärktem Maße ist von der Silberpropaganda Gebrauch gemacht worden. Die Druckschriften-Propaganda im letzten Rechnungsjahr war im wesentlichen auf den „Badener Heimattag“ eingestellt. Hierbei wurden ausgegeben: 8000 Programm- und Auskunftsblätter, 35 000 Zwischenprogramme, 5000 endgültige Programme und 5000 Werbeplakate. Für die nächste Zeit steht eine Reihe neuer Werbemaßnahmen bevor. In erster Reihe ist ein großes Plakat in Fünffarben-Kunstdruck geplant, das noch in diesem Jahre herauskommen soll. Das Plakat wird in künstlerischer Ausführung die Landeshauptstadt Karlsruhe inmitten der Rheinebene zeigen, angelehnt an den Schwarzwald und an den Rhein. Die bedeutenderen Nachbarstädte, wie Heidelberg und Baden-Baden, werden darauf noch ersichtlich sein, ebenso das Massiv des nördlichen Schwarzwaldes. Eine Verkleinerung dieses Plakats soll als Bildprospekt mit etwa 20 Ansichten von Karlsruhe und aller nächster Umgebung in 10 000 Stücken hergestellt werden. Auf Kosten des Vereins wurden von der Reichspost Bildpostkarten mit einer Ansicht vom Karlsruher Rathaus in einer Auflage von 50 000 Stück hergestellt und in Umlauf gesetzt.

In seinen weiteren Ausführungen ging Verkehrsleiter Lader vom Standpunkt der allgemeinen Bedeutung unserer Stadt auf die Entwicklung innerhalb der Karlsruher Industrie ein. Dank der Initiative des Oberbürgermeisters ist es gelungen, die Michelin-Werke am Rheinhafen anzusiedeln und die Berlin-Karlsruher Industriewerke (Berka) für Karlsruhe zu erhalten und zu erweitern. Erwünscht ist die Erweiterung des Karlsruher Rheinhafens, namentlich der Hafenanfahrt, um dem ständig steigenden Verkehr im Hafen gerecht zu werden. Die Stadtverwaltung befaßt sich bereits mit diesem Projekt. Zur Belebung des Handels ist beabsichtigt, innerhalb der diesjährigen „Karlsruher Herbsttage“ und in Verbindung mit der Mitte Oktober stattfindenden „Badischen Woche“ eine „Verkehrs-Werbewoche“ durchzuführen, in deren Vordergrund ein Reklamewagen der Karlsruher Geschäftsmwelt steht. Auf dem Gebiete der Kunst und des kulturellen Lebens in Karlsruhe ist im vergangenen Jahre durch die rührigen Bestrebungen der verschiedenen Institute manch erfreulicher Schritt getan worden. Weiterhin hat der Verkehrsverein sein besonderes Augenmerk den Gerichten zugewandt, die neuerdings wieder die Absicht erkennen lassen, wichtige Unterrichtsämter von unserer Technischen Hochschule loszulösen und nach Stuttgart zu verpflanzen. Der Verkehrsverein verfolgt mit Interesse die Ausarbeitung des städtischen Projektes für die Ausdehnung des alten Bahnhofsgeländes (Großmarkthalle) und die Inangriffnahme der Projektarbeiten für die Sanierung der Altstadt. Er tritt bezüglich der Entlastung der Kaiserstraße für den geplanten Durchbruch der Amalienstraße ein. Manah wertvolle Verschönerung hat das Stadtbild durch die Aufstellung weiterer Brunnen und Plaisirs seitens der Stadtverwaltung erfahren. Die Wiederbegrünung des Rathauses und der öffentlichen Brunnen ist vom Verkehrsverein bei der Stadtverwaltung angeregt worden. Besonderen Dank spricht der Verkehrsverein ferner dem Schwarzwaldverein (Ortsgruppe Karlsruhe) aus, der im Hardtwald weitere Wegmarkierungen in vorbildlicher Weise vorgenommen hat.

Im Eisenbahn- und Verkehrsverein ist der Verkehrsverein bei jeder Gelegenheit für die Interessen der Landeshauptstadt eingetreten. Mit der größten Aufmerksamkeit wird das Problem der Bahnelektrifizierung verfolgt, nachdem die Elektrifizierung bis Augsburg durchgeführt und bis Stuttgart endgültig projektiert ist. Ebenso wird die baldigste Ausführung der festen Rheinbrücke bei Magau verlangt. Die Personenschiffahrt der Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt auf dem Rhein bis und von Karlsruhe hat sich auch im vergangenen Jahre sehr günstig entwickelt. 8700 Personen sind ab Karlsruhe durch die Motorschiffe der „Köln-Düsseldorfer“ befördert worden. Der Verkehrsverein hat angeregt, die Personenschiffahrt weiter rheinaufwärts bis Straßburg auszuweiten; diese Anregung wird zur Zeit verfolgt. Für den großzügigen Ausbau der Kraftposten im Raab- und Fernverkehr mit Karlsruhe spricht der Verkehrsverein der Oberpostdirektion Karlsruhe seine Anerkennung aus. Leider wird es aber in diesem Jahre wahrscheinlich nicht möglich sein, von Karlsruhe aus die in Aussicht genommenen Fernkraftposten über den Schwarzwald bis zum Feldberg und bis nach Konstanz (mit Anschluß an die Schweiz) durchzuführen, da noch keine hinreichende Gewähr für eine Wirtschaftlichkeit dieser Linie besteht. Der Versuch, die geplante internationale Automobilfernstraße Ostropa von Karlsruhe über Forzheim und Würtemberg in die Schweiz abzubiegen, ist durch eine vom Verkehrsverein eingeleitete großzügige Aktion abgefallen worden. Im Flugverkehr war es leider nicht möglich, die vorzügliche und bestfrequentierte Ostwestverbindung 52 (Paris-Saarbrücken-Karlsruhe-Stuttgart-München-Wien) für Karlsruhe zu erhalten. Es muß die bedauerliche Tatsache festgestellt werden, daß Karlsruhe jetzt eine direkte Ostwestverbindung nicht mehr hat, da die Linie 52 nun von Stuttgart über Mannheim-Ludwigshafen geführt wird. Einen teilweisen Ausgleich hat Karlsruhe durch eine neue Flugverbindung nach Nürnberg und zwei Flugturse nach Stuttgart erhalten, die aber keinen Ersatz für den Verlust der Ostweststrecke bedeuten können. Daneben behält Karlsruhe die Schwarzwald-Linie und die sogenannte Bäderlinie.

Das vergangene Jahr mit seinem gesteigerten Fremdenverkehr brachte auch wieder eine namhafte Zahl von Tagungen, Kongressen (insgesamt 32 von wesentlicherer Bedeutung), Ausstellungen (darunter 10 mit festem Standort) und sonstige Verkehrsereignisse (darunter allein 22 größere Sportveranstaltungen) nach Karlsruhe. Im Brennpunkt stand das große Ereignis des „Badener Heimattages 1930“. In dessen unmittelbarer Auswirkung hat sich unter Führung des Verkehrsvereins Karlsruhe die „Arbeitsgemeinschaft der Badner aller Welt“ gebildet. Auch für das Jahr 1931 gestaltet sich die Herbeiziehung größerer Tagungen und Veranstaltungen nach Karlsruhe unter den bestehenden schwierigen Wirtschaftsverhältnissen relativ günstig. Auf sportlichem Gebiete war unter den gekennzeichneten Verhältnissen aber ein geachteter Ausfall infolge von Verletzungen, als das diesjährige in Karlsruhe geplante Akademische Olympia auf spätere Zeit (vorwiegend 1933) verschoben werden mußte. Die mißlichen Verhältnisse bringen in diesem Jahre auch den Ausfall der Karlsruher Rennen mit sich. Auf der anderen Seite steht mit dem 25jährigen Jubiläum des Badischen Verkehrsverbandes, der aus diesem Anlaß seine Hauptversammlung am 27. Juni in Karlsruhe abhält, ein denkwürdiges Ereignis bevor. Die diesjährigen „Karlsruher Herbsttage“ werden nach Art des vorgelegenen Programmes mit einer kulturellen „Badischen Woche“ und einer „Verkehrs-Werbewoche“ wieder geeignet sein, die breitere Aufmerksamkeit der Außenwelt auf Karlsruhe zu lenken. An Stelle ungezügelter Festlichkeiten wird, wie im einzelnen schon bekannt geworden, im Mittelpunkt der „Badischen Woche“ eine Kundgebung für die notleidende Geistes- und Künstlerwelt im Grenzland Baden stehen.

Zum Schluß seiner Ausführungen gab Verkehrsleiter Lader noch einen Gesamtüberblick über den Fremdenverkehr des vergangenen Jahres. Die Rekordziffer des Fremdenjahres 1930 kann mit um so größerer Genugtuung betrachtet werden, als Karlsruhe damit an die vierte Stelle der Fremdenstädte in Baden gerückt ist und zum ersten Male das Vorkriegsmaß seines Fremdenverkehrs überschritten hat.

Aus der Landeshauptstadt

Der schwere politische Zusammenstoß in Karlsruhe. Wegen des kommunistischen Überfalls anlässlich des Propagandazugs der Nationalsozialisten am Pfingstmontagnachmittag befinden sich jetzt 5 Personen in Untersuchungshaft, unter ihnen auch der als flüchtig gemeldete Schuhmacher Paas. Dieser konnte am Mittwochmorgen von der Kriminalpolizei in der Bürgerstraße, wo er sich bei seiner Geliebten aufhielt, festgenommen werden. Die Leiche des Buchdruckers Wille ist inzwischen freigegeben und Mittwoch mittag mit dem Auto nach Badr verbracht worden. — Zu der Meldung, daß auf den Leichenwagen zwischen Offenburg und Windschlag Schüsse abgegeben worden seien, wird auf Anfrage mitgeteilt, daß weder dem Oberstaatsanwalt in Offenburg, noch den Gendarmeriestationen in Appenweier und Windschlag, noch irgend einer anderen zuständigen Stelle von einem solchen Anschlag etwas bekannt ist.

Die Flucht aus dem Leben. Bei dem jungen Mann, der sich am Dienstagabend gegen 10 Uhr bei Forchheim von einem Raftatter Personenzug überfahren ließ und der schwerverletzt ins Karlsruher städtische Krankenhaus verbracht wurde, handelt es sich um den 21jährigen Schreiner K. Jarolimek aus Karlsruhe-Gilmwinkeln.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstag morgen: Das europäische Hochdruckgebiet baut an seinem Südrande über dem Festland immer mehr ab. Solange der Luftdruck bei uns noch fällt, wird das Wetter im wesentlichen heiter und warm bleiben. Mit einsetzendem Druckanstieg wird jedoch maritime Luft von Westen bei uns eindringen und einen durch Gewitter eingeleiteten Wetterumschlag bringen. — Voraussage: Wolkig, kühl und streichweise Gewitterregen bei südwestlichen Winden.

Wasserstände: Wadobut 388 plus 2, Basel 181 unbeeinträchtigt, Schutterinsel 245 minus 1, Rehl 373 plus 4, Magau 549 plus 1, Mannheim 461 minus 8, Raab über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Forzheim, 27. Mai. Wie wir erfahren, ist das Forzheimer Kaufhaus Wronter von der Kaufhausgesellschaft Schoden, Stuttgart, gekauft worden. Die Firma Schoden gibt das Geschäft in Forzheim auf. Die Firma Schoden wird in dem Wronter'schen Gebäude ihr Warenhaus einrichten.

ld. Rehl, 27. Mai. Am Dienstagabend geriet der Postschaffner Albert Thum von Rehl mit seinem Motorrad auf der Fahrt von Rehl nach Offenburg in Rittersburg von der Sandstraße ab und fuhr auf einen Randstein auf. Er kam schwer zu Fall und erlag an seiner Krankenhaus seinen Verletzungen. Sein Soziusfahrer, Albert Kammerer aus Rehl, erlitt neben leichten Verletzungen noch einen Armbruch. Thum war 33 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern.

DJ. Landau, 28. Mai. Wie schon berichtet, hat gestern vor dem großen Schöffengericht der Prozeß gegen 18 Angeklagte aus Karlsruhe und Umgebung wegen bandenmäßigen Drogen- und Schmuggels begonnen. Nach der Anlage handelt es sich um rund 40 000 Pakete für das Schmuggelgeschäft wurden fahrg- und Motorräder benutzt, die man kurz vor der Grenze versteckte. Der Schmuggel ging über eine Eisenbahnbrücke bei der Lauter und wurde in besonders hegezeichneten Säcken durchgeführt. Die Vernehmung der Angeklagten gestaltete sich wegen der Widersprüche und der Zurücknahme von früheren Behauptungen äußerst schwierig. Durch die Beweisaufnahme, die sich bis zum späten Abend hinzog, wurden die Angeklagten erheblich belastet.

Webers Reisebücher: München und Umgebung. Mit einer Einleitung von Hans Brandenburg. 188 Seiten. Mit 4 Karten, 2 Plänen, 12 Grundrissen und einer Rundreise. Taschenformat. In biegsamem Ganzleinenband 3 Mk. — München, die Kunststadt mit ihren Museen und ihren Barockkirchen — München, die Viermetropole mit ihren Parks und ihrem Oktoberfest hat hier eine Darstellung gefunden, wie sie jeder Fremde (und vielleicht auch der Einheimische!) braucht. Nach den praktischen Angaben über Unterkunft, Verpflegung, Münchner Speisekarte und Münchner Bier folgen verschiedene Vorschläge über Stadtwanderungen mit eingehender Schilderung der Sehenswürdigkeiten. Zwei ausgezeichnete, übersichtliche Stadtpläne, auf denen die Hauptverkehrsstraßen besonders gekennzeichnet sind, und zahlreiche Grundrisse der Münchner Museen gewährleisten eine sichere Führung. An die Stadtbeschreibung schließen sich Vorschläge für lohnende Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung an, ebenfalls ergänzt durch vorzügliche, mehrfarbige Karten.

Badisches Landestheater

Freitag, den 29. Mai 1931
Vollst. u. Bühn. u. Revue

Der Hauptmann von Köpenick

Ein deutsches Märchen von
Karl Zuckmayer
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:

Ermarth, Genter, Janz, Seiling, Guse, Hebeisen, Müllich, Sauer, Baumbach, Brand, Dahlen, Graf, J. Gröbinger, Herz, Dierl, Höder, Hopf, Just, D. Kienhöfer, S. Kienhöfer, Moebke, Kubne, Lützer, Rehner, Müller, Brüder, Schulze, v. d. Trenck, Arras, Eich, Grimm, Götz, Millian, Kleinbus, Lindemann, Luger, Weber, Nagel, Reibinger, Ribinius, Seibert, Schmitt, S. Müller, Riniker

Anfang 1917, Ende 221/2, Preise A (0,70—5 Mk.)

Zu dieser Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältlich.
Sa. 30. b. Zum erstenmal: Die geliebte Stimme. So. 31. b. Nachmittags: Keine Schwester und ich. Abends: Viktoria und ihr Husar. Im Kongertshaus: Keine Vorstellung.

Öffentliche Gemeindeparkasse Gröbzingen

Bilanz per 31. Dezember 1930

| Aktiva | | Passiva | |
|-----------------------------------|---------------------|--------------------------------|---------------------|
| | RM | | RM |
| Kassenbestand | 7 549,80 | Spareinlagen | 1 202 138,— |
| Guthaben bei Banken und Postfisch | 4 542,30 | Aufwertungseinlagen | 153 592,73 |
| Guthaben beim Sparassensverband | 35 100,— | Giro- und Kontokorrenteinlagen | 38 771,03 |
| Wertpapiere | 4 576,— | Anlehenskapitalien | 64 739,80 |
| Wechsel | 1 460,78 | Aufwertungsabrechnungskonto | 26 802,43 |
| Darlehen auf Hypothek | 998 316,54 | Referenzfonds | 72 185,21 |
| Darlehen in fdb. Rechnung | 93 222,73 | Reingewinn 1930: | |
| Darlehen auf Schuldschein | 225 541,27 | Abrechnung | |
| Aufwertungsfordernngen | 145 823,77 | am Gebäude 3 000,— | |
| Einnahmerückstände | 34 903,18 | Zuweisung zum | |
| Verwaltungsgebäude | 27 000,— | Referenzfonds | 23 288,17 |
| Geräte-Zugang | 6 481,— | | |
| | 1 584 517,37 | | 1 584 517,37 |

Berechnung der Rücklagen

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 240 908,03 RM = 99 272,64 RM
Sie beträgt auf Jahreschluß = 95 473,38 RM
Somit mehr = 3 799,26 RM

Gröbzingen, den 1. Mai 1931.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
F. d.

Der Verwalter:
Gebhard.

Öffentliche Sparkasse Kork

Bilanz per 31. Dezember 1930

| Vermögen | | Schulden | |
|----------------------------|-------------------|--------------------------|-------------------|
| | RM | | RM |
| Kassenbestand | 19 086,01 | Spareinlagen | 352 737,72 |
| Kommunale Landesbanken | 39 097,06 | Aufwertungs- | |
| Postfisch und Banken | 10 171,32 | spareinlagen | 131 743,11 |
| Wechsel | 1 478,— | Giroeinlagen | 9 899,74 |
| Kontokorrentkredite | 1 911,14 | Rücklagen früherer Jahre | 9 413,05 |
| Feste Hypothekendarlehen | 209 070,— | Geschäftsgewinn 1930 | 5 850,54 |
| Gemeindedarlehen | 37 000,— | | |
| Einlage b. Spargiroverband | 8 600,— | | |
| Schuldscheindarlehen | 63 383,— | | |
| Aufwertungsfordernngen | 110 668,25 | | |
| Einnahmerückstände | 9 178,38 | | |
| Gerätschaften | 1,— | | |
| | 509 644,16 | | 509 644,16 |

Berechnung der gesetzl. Rücklage

Die gesetz- und satzungsgemäße Rücklage hat 8% aus den Spar- und Giroeinlagen zu betragen, also 8% aus 362 637,43 RM = 28 960,90 RM
Die vorhandene Rücklage beträgt jedoch nur = 15 263,59 RM
Witfin zu wenig = 13 717,40 RM

Kork, den 21. Mai 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
F. B. P. J. J. J.

Der Rechner:
F. J. J.

Druck G. Braun, Karlsruhe.